

## Gemeinsam an der Seite der Stahlarbeiter\*innen - Gemeinsam für die Zukunft der deutschen Stahlindustrie

Die Stahlarbeiter\*innen und die SPD verbindet eine lange Geschichte: Eine Geschichte des gemeinsamen Kampfes für eine gute Arbeit, eine Geschichte der Zusammenarbeit, eine Geschichte des Vertrauens.

Heute steckt die Stahlindustrie in Europa vor enormen Herausforderungen, die die Zukunft eines starken Wirtschaftszweigs und die Zukunft vieler Beschäftigten kosten kann. Die ca. 84000 Beschäftigten sind das Rückgrat der Schwerindustrie in diesem Land. Eine Industrie, ohne die der heutige Wohlstand nicht möglich gewesen wäre und die ganze Regionen auch kulturell prägte. Ob im Saarland, in Bremen oder an der Ruhr – in ganz Deutschland blicken die deutschen Stahlindustrien in eine ungewisse Zukunft. Wir stehen den Stahlarbeiter\*innen zur Seite: Ihr seid nicht allein! Wir wollen zeigen, dass der Strukturwandel in Zeiten einer Klimakrise einen Zukunftswandel bedeuten kann.

Der Ordentliche Bundesparteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands steht heute geschlossen zusammen, um neben unserer Solidarität auch unsere Position klarzumachen. Denn für uns ist klar: Nur wer soziale Gerechtigkeit, ökonomische Vernunft und nachhaltiges Wirtschaften zusammenbringt, der kann in Zukunft Erfolg haben.

Deshalb fordert der SPD-Bundesparteitag:

- Industriepolitische Instrumente zielgenau darauf auszurichten, dass die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der deutschen Stahlindustrie möglichst erhalten werden können.
- Verbindliche Ziele und Strategien mit den stahlproduzierenden Unternehmen und Beschäftigten in beiderseitiger Verantwortung zu entwickeln und umzusetzen.
- Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und europäischen Grundstoffindustrie und für faire politische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu ergreifen.
- Die Europäische Kommission zur deutlichen Verschärfung von Schutzklausel-Maßnahmen zu bewegen, um die Stahlindustrie in Europa vor Dumping-Importen aus Drittstaaten zu schützen und europäisch abgestimmt gegen unfairen Wettbewerb vorzugehen.
- Planbarkeit und Berechenbarkeit für unsere Stahlindustrie ermöglichen. Anlagen der Grundstoffindustrien, die bereits dem Europäischen Emissionsrecht unterliegen, dürfen daher nicht doppelt belastet werden.
- Definition von Maßnahmen auf bundes- und europapolitischer Ebene, um die Stahlindustrie bei der Entwicklung innovativer Verfahren mit dem Ziel einer CO<sub>2</sub>-ärmeren Stahlproduktion wirkungsvoll zu unterstützen und Forschungsanstrengungen im Grundstoffbereich massiv auszubauen.
- Den mittelfristigen Einsatz von Wasserstoff-Stählen, die nahezu CO<sub>2</sub>-frei erzeugt werden, durch finanzielle Unterstützung bei der Entwicklung neuer Technologien und eine erforderliche erneuerbare Energiezufuhr sicherzustellen.

- Dafür zu sorgen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie im Zuge der CO2-Bepreisung über Entlastungen bei der Stromsteuer und der EEG-Umlage gesichert bleibt.
- Die Stahl-Allianz der produzierenden Bundesländer unter Einbeziehung der betroffenen Kommunen zu unterstützen und deren Anliegen Gehör auf europäischer Ebene zu verschaffen.

#### Begründung:

**Gute und mitbestimmte Arbeitsplätze auch in Zukunft sichern** - Wir räumen dem Erhalt von guten und mitbestimmten Arbeitsplätzen oberste Priorität ein. Denn gute Arbeit bedeutet Teilhabe und Teilhabe ermöglicht ein gutes Leben. Deshalb müssen wir die politischen Instrumente zielgenau darauf ausrichten, dass Arbeitsplätze zukunftsfest erhalten werden können.

Klar ist dabei, dass neben den bestehenden politischen Anstrengungen die Wirtschaft eine große Verantwortung trägt. Die hohen Qualifikationsstandards der Facharbeiter\*innen in Deutschland sind ein Standortvorteil, der von Unternehmen und Politik gleichermaßen gefördert werden muss. Denn nur dort, wo ein Betrieb sich seiner Verantwortung gegenüber der Belegschaft bewusst ist, kann Politik unterstützend tätig werden. Wir wollen Betriebe fördern, die sich ihrer Verantwortung zum Erhalt dieser Arbeitsplätze bewusst sind, unterstützen aber nicht Profitinteressen auf dem Rücken der Beschäftigten oder Produktionsverlagerungen ins Ausland. Daher ist es Aufgabe der Politik, die nötigen Rahmenbedingungen der Industrie-, Handels- und Beschäftigungspolitik abzustecken.

Die Montanmitbestimmung und die Expertise und Motivation der Beschäftigten sind ein Standortvorteil für die deutsche Stahlindustrie. Durch die Montanmitbestimmung leisten sie, neben ihrer täglichen Arbeit, durch die Ausübung echter Mitbestimmungsrechte einen großen Beitrag für die Betriebe. Denn auf Langfristigkeit angelegte Arbeitsplätze und qualifizierte Mitarbeiter sind die Voraussetzung für einen optimalen Produktionsprozess. Diese Erfolge dürfen nicht durch Importe aus Ländern mit geringen Sozialstandards mittelbar ins Leere laufen.

Das ist auch der Grund, warum wir uns für den Erhalt dieser gut bezahlten Arbeitsplätze einsetzen. Restrukturierungsmaßnahmen, sofern notwendig, sind somit im Sinne der Arbeitnehmer\*innen zu gestalten. Auch durch diese Sozialstandards ist es gelungen, dass alle bisher im Stahlbereich notwendigen Personalmaßnahmen sozialverträglich gestaltet wurden. Für uns ist klar: Auch weiterhin müssen betriebsbedingte Kündigungen durch geeignete Maßnahmen ausgeschlossen werden.

Wir plädieren deshalb für den Ausbau von Stellsicherungsinstrumenten in schwankenden Konjunkturlagen. Eine wichtige Maßnahme ist dabei das Kurzarbeitergeld. Denn gerade in großen Betrieben muss zum Erhalt der Arbeitsplätze schnell reagiert werden. Ob in der Finanzkrise 2008 oder in regionalen Stahlkrisen - das Kurzarbeitergeld hat seine Eignung als Instrument zum Erhalt von Arbeitsplätzen unter Beweis gestellt. Die Wirkung dieses Instruments sehen auch die Unternehmen grundsätzlich positiv, um die Bewältigung konjunktureller Schwankungen auf der Kostenseite abzufedern. Insbesondere durch die Einführung von einer konkreten Verordnungsermächtigung zur Flexibilisierung des

Instrumentes müssen wir die Handlungsfähigkeit in Krisensituationen verbessern und effektiver gestalten.

Wir wollen, dass alle Stahlarbeiter\*innen eine klare Perspektive für die Zukunft bekommen und bei ihrem Weg gefördert werden. Das beste Stellensicherungsinstrument ist für uns die Qualifikation und Weiterbildung – denn Innovation braucht die klügsten Köpfe.

Neben dem geschaffenen Qualifizierungschancengesetz, mit dem der Bund die Möglichkeiten der Weiterbildung für die Beschäftigten erheblich erleichtert hat, braucht es nun eine weitergehende Förderung, um beiden Betriebsparteien mehr Planungssicherheit zu geben und im bestehenden Transformationsprozess der Stahlindustrie den Beschäftigten eine Zukunft in Beschäftigung zu ermöglichen. Hierzu braucht es höhere Zuschüsse an die Arbeitgeber und Arbeitnehmer für Weiterbildung sowohl im Bereich des Entgeltes als auch bei den Weiterbildungskosten.

**Der sauberste Stahl weltweit als Innovationsmotor vor Ort** - Wir wollen fairen Handel sowie den Import von emissionsintensiven Stahl restriktiv steuern und heimischen sauberen Stahl fördern.

Die Stahlindustrie in Deutschland sieht sich zunehmend einem ungleichen Wettbewerb ausgesetzt. Neben den bestehenden Überkapazitäten verschaffen viele Länder außerhalb der EU ihrer heimischen Stahlindustrie künstliche Wettbewerbsvorteile, z.B. durch die Einführung bzw. Erhöhung von Einfuhrzöllen, schikanösen Zertifizierungs- und Einfuhrlizenzpflichten oder "Buy National"-Verpflichtungen im Rahmen von Konjunkturprogrammen.

Im Fokus steht aktuell die "America-First"-Strategie von US-Präsident Trump. Für die deutsche Stahlindustrie ist die direkte Abhängigkeit vom US-Markt begrenzt. Größere Risiken für die deutsche Stahlindustrie bestehen in potentiellen Umlenkungen aus China in den EU-Markt, da chinesische Produzenten aufgrund der Sanktionen weniger in die USA verkaufen. Die EU-Kommission hat daher sog. "Safeguard"-Maßnahmen eingeführt. Diese erlauben zollfreie Stahlexporte in die EU nur in dem Umfang, wie sie vor den US-amerikanischen Zöllen beobachtet wurden. Allerdings soll der Umfang dieser Kontingente jedes Jahr um 5 % erhöht werden. Die Antwort auf die „America-First“-Strategie von US-Präsident Trump kann nur eine engere Zusammenarbeit in der EU sein, ein „Europe United“. Wir fordern die EU auf, die Safeguard-Maßnahmen zu verschärfen, zumindest die Kontingenterhöhungen im Verhältnis zu den US-Zöllen zu belassen. Wir wollen einen fairen Wettbewerbsrahmen für alle Marktteilnehmer im In- und Ausland - ein „level playing field“ - erreichen. An dieser Stelle ist das Bundeswirtschaftsministerium in der Pflicht, eine umfassende Stahlstrategie zu entwickeln. Die vorgelegte Industriestrategie geht zu wenig auf die spezifischen Herausforderungen der Stahlindustrie ein. Damit werden wichtige industriepolitische Weichenstellungen für die Zukunft versäumt.

Die Transformationsbemühungen der deutschen Stahlindustrie müssen mit innovativen und zukunftsorientierten Förderprogrammen unterstützt werden. Wir begrüßen daher das Förderprogramm „Dekarbonisierung in der Industrie“ des Bundesumweltministeriums. Bis 2023 stehen hier über eine Milliarde Euro zu Verfügung, um Anreize zu setzen für die Erforschung, Entwicklung und Markteinführung von Sprunginnovationen zur Dekarbonisierung der energieintensiven Industrie. Insgesamt soll das Programm mindestens zehn Jahre laufen. Das ist gut und richtig, denn die Transformation der Stahlindustrie, wie auch

der anderen energieintensiven Industriezweige wird eine große Herausforderung. Um diese anzugehen und das Know-how dafür zu bündeln und gezielt einsetzen zu können hat das Bundesumweltministerium auch ein Kompetenzzentrum Klimaschutz in der energieintensiven Industrie eröffnet. Wir brauchen solche klugen Konzepte, die sicherstellen, dass Staat und Markt hier Hand in Hand gehen. Die Stahlindustrie kann und wird hier ein wichtiger Teil der deutschen Klimaschutzbemühungen sein, denn in kaum einem anderen Industriezweig besteht die Chance, so viel für die CO<sub>2</sub>-Reduktion zu gewinnen und gleichzeitig Beschäftigung zu sichern, wie in der Stahlindustrie.

Eine Industrie der Zukunft trägt Verantwortung für einen ökologischen Wandel in der Welt. Dabei ist klar, dass die klimaneutrale Stahlproduktion eine große Herausforderung ist. In den letzten 25 Jahren konnte durch Forschung und Entwicklung die CO<sub>2</sub>-Emissionsbelastung durch die deutsche Stahlindustrie pro Tonne Stahl um mehr als 22% verringert werden. Diese positive Entwicklung gilt es zu fördern, denn sie ist unverzichtbar, um den Industriestandort Deutschland langfristig zu sichern. Zum einen wird CO<sub>2</sub>-Ausstoß teurer, zum anderen steigt die Nachfrage nach klimaneutral hergestellten Gütern weltweit. Die Dekarbonisierung wird damit zum Innovationsmotor und macht die deutsche Grundstoffindustrie fit für die Märkte der Zukunft. „Grüner“ Stahl und andere innovative, ressourcenschonende und klimafreundliche Produkte aus Deutschland können Exportschlager werden benötigt, um selbst einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, sei es bei Windkraft oder leichteren Werkstoffen. Diese gewaltige Transformation geschieht natürlich nicht von heute auf morgen. Aber sie ist eine der wesentlichen Zukunftsstrategien, um Wohlstand und gut bezahlte, hochqualifizierte Arbeitsplätze zu sichern.

Sie kann dabei auch als Vorbild für andere Staaten dienen, wodurch sich langfristig Wettbewerbsbedingungen angleichen und die hohen deutschen Standards auch international zum Normalfall werden können. Damit wäre auch eine Voraussetzung für internationale Unternehmenskooperationen geschaffen, in Zuge dessen sich Technologietransfers, also die Übertragung von Patenten, Lizenzen und Produktions-Know-how im Bereich von Forschung und Entwicklung realisieren ließen.

Deshalb ist unser Anspruch, dass die Umweltstandards im Rahmen der europäischen Handelspolitik bei der Bewertung der Außenhandelsbeziehungen mit einfließen. Es gilt daher auf europäischer Ebene zu prüfen, inwieweit Konzepte wie eine sog. „Green-Border-Tax“, die Einhaltung von Umweltstandards als Standortvorteil schützen. Das Bundeswirtschaftsministerium ist hier gefordert Vorschläge zu formulieren, wie in Kooperation mit der Europäischen Union das Ziel einer „Green-Border-Tax“ umgesetzt werden kann. Neben den ökologischen Nachhaltigkeitsaspekten einer europäischen Handelspolitik müssen Handelsschutzinstrumente den Verzerrungen im internationalen Wettbewerb auch dort begegnen, wo Importprodukte aus Drittländern insbesondere aufgrund niedriger sozialer Standards kostengünstig eingekauft werden können.

Für CO<sub>2</sub>-Neutralität in der Stahlherstellung werden „grüner Wasserstoff“ und Power-to-X-Technologie eine wichtige Rolle spielen. Voraussetzung hierfür ist wiederum der Ausbau der erneuerbaren Energien, denn nur mit Strom aus erneuerbaren Energien lässt sich wirklich grüner und damit CO<sub>2</sub>-neutraler Wasserstoff herstellen. Hier muss es insbesondere bei der Windenergie an Land und zu Wasser zu deutlichen Fortschritten beim Ausbau kommen. Die internationale Zusammenarbeit im Energiebereich, der Ausbau der Netze und die

Weiterentwicklung von Speichermöglichkeiten werden aber ebenso wichtige Weichenstellungen sein.

Daneben müssen europäische und nationale Klimaschutzinstrumente und insbesondere der Emissionshandel sowie die Emissionsbepreisung so aufeinander abgestimmt werden, dass es zu keiner Doppelbelastung kommt und sich die Wirkung der jeweiligen Instrumente potenziert.

Die von der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ des Bundes ab 2023 empfohlene staatliche Bezuschussung der Übertragungsnetzbetreiber zur Senkung der Stromnetzentgelte sollte daher möglichst zeitnah beihilferechtlich und netzregulatorisch abgesichert werden. Zusätzlich sollte eine Verlängerung der Kompensation für emissionshandelsbedingte Strompreiserhöhungen im Bereich der besonders energieintensiven und außenhandelsabhängigen Wirtschaftszweige innerhalb eines bestimmten Zeitfensters in Erwägung gezogen werden.

Mit dem Forschungszulagengesetz hat die Bundesregierung einen wichtigen Schritt getan, um das deutsche Investitionsvolumen in den technologischen Fortschritt zu erhöhen. Für den nötigen Innovationsprung der deutschen Stahlindustrie hin zur weitgehend CO<sub>2</sub>-neutralen Produktion bedarf es dagegen eines deutlich größeren Investitionsvolumens. Von großer Bedeutung sind daher mit ausreichenden Mitteln ausgestattete Bundesförderprogramme, die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben großmaßstäblicher Projekte der Stahlindustrie zielgerichtet und praktikabel unterstützen. Hier ist das Bundeswirtschaftsministerium in der dringenden Pflicht, für entsprechende Maßnahmen, Investitionsmittel und Programme zu sorgen. Das ministerielle Zuschauen vom Spielfeldrand muss ein Ende haben. Hier bedarf es auch eines klaren Bekenntnisses der Bundesregierung zur Stahlindustrie.

**Regionale Stärken fördern und Umwälzungen abfedern** - Die deutsche Stahlindustrie ist regional breit aufgestellt. Auch aus diesem Grund haben sich die produzierenden Bundesländer zur Stahlallianz verbunden. Diese gilt es auch von Seiten der Bundesregierung zu unterstützen. Es kann nicht das Ziel sein, erfolgreiche Hochburgen zu schaffen, während in anderen Teilen des Landes der Rückbau der Industrie sehenden Auges vollzogen wird. Die Stahlproduktion ist in ihrer Wertschöpfungskette breit aufgestellt und soll es auch bleiben. Wir wollen, dass keine Region auf der Strecke bleibt, dass der Klimawandel nicht alleine auf dem Rücken der Beschäftigten bewältigt wird und unsere Industrie auch in Zukunft erhalten bleibt. So erhalten wir nicht nur die Rentabilität des Wirtschaftszweigs, sondern erhalten auch die breite Unterstützung in der Gesellschaft für eine fokussierte Industrieförderung am Leben. Denn die Zukunft der Stahlindustrie entwickeln wir in Deutschland nur miteinander und nicht gegeneinander.